



Der Personenzug aus Wien hat heute in Oesterr.-Oderberg den Anschluß an den Personenzug nach Breslau nicht erreicht.

Breslau, den 21. Dezember 1859.

Königliches Post-Amt.  
Mitsche.

## Telegraphische Depeschen.

**Petersburg, 20. Dezember, Vormittags.** Durch Order vom 18. d. Mts. ist Fürst Variatinski, Kommandeur der kaukasischen Armee, zum Range eines General-Feldmarschalls befördert worden.

**Köln, 20. Dezember.** Heute Nachmittag entschlief hier selbst Graf v. Fürstenberg-Stammheim, Mitglied des Herrenhauses.

## Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 19. Debr.** Prinz Jerome befindet sich besser. — Fürst Gortschakoff wird am 7. Januar, Cardinal Antonelli am 2. Januar, Graf Cavour am 5. Januar hier erwartet. Die Eröffnung des Kongresses wird am 20. Januar stattfinden. Lord John Russell bleibt im Ministerium.

## Preußen.

**Berlin, 20. Dez.** [Amtliches.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: dem Kanzleidirektor bei dem Stadtgericht zu Berlin, Kanzleirath Krämer, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem kaiserlich russischen Grenzpostmeister Schröder zu Taurroggen den rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie den Handlungs-Kommiss Meyer zu Tangermünde im Kreise Stendal, dem Baubezissen Westphal ebendasselbe, und dem Maurergesellen Junge zu Posen die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; ferner bei der Abtheilung des Finanzministeriums für Domänen und Forsten, dem Forstmeister Justus v. Hagen zum Ober-Forstmeister, mit dem Range eines Rathes dritter Klasse, dem Ober-Zollinspektor, Regierungs-Assessor Grolig in Nauch und den Ober-Steuerinspektoren, Regierungs-Assessor Spitzgrath in Königsberg in Pr., zu Regierungs-Räthen; so wie den Staatsanwalt Heimbrod zu Leobischütz zum Direktor des Kreis-Gerichts zu Rybnik; und von den seitens des Magistrats zu Garz im Regierungs-Bezirk Stralsund für die erledigte Bürgermeister-Stelle daselbst präsentirten drei Kandidaten den bisherigen Regierungs-Diätar Karl Wilhelm Rudolph Westphal in Stralsund zum Bürgermeister der Stadt Garz zu ernennen.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs allergnädigst geruht: Dem Kommandeur des 6. Jäger-Bataillons, Major von Blankensee, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Altenburg Hoheit ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes zweiter Klasse des herzoglich sachsen-erzstiftlichen Hausordens, so wie dem Hauptmann Wellmann, Batterie-Chef im 7. Artillerie-Regiment, zur Anlegung der von des Fürsten zur Lippe Durchlaucht ihm verliehenen Militär-Verdienst-Medaille zu ertheilen.

[Ueber den Rücktritt Bonin's] bringt die „Pos. Ztg.“ folgende Mittheilung:

Der kommandirende General des 8. Armee-Corps, Herr v. Bonin, der bisherige Kriegsminister, ist am letzten Abend der vergangenen Woche nach seinem neuen Bestimmungsorte abgegangen, und wir fühlen uns gedrungen, ihm einen Gruß nachzusenden; um so mehr, als trotz der über seinen Rücktritt geführten Polemik — ja sogar der des officiösen Blattes — die volle Wahrheit der Sachlage doch nicht zu Tage gefördert ist.

Wir glauben in der Lage zu sein, das Nichtigste mittheilen zu können. Die letzte Mobilmachung hatte über die entschiedene Nothwendigkeit durchgreifender Veränderungen in der Formation des Heeres keinen Zweifel gelassen; Herr v. Bonin hatte es für die Hauptaufgabe seiner ministeriellen Thätigkeit gehalten, dieser schwierigen Arbeit sich mit voller Liebe und ganzer Thätigkeit hinzugeben; unter seiner Leitung wurde im Ministerium ein vollständiger Reformplan ausgearbeitet, und schon im August konnten dessen Grundzüge Sr. königl. Hoheit dem Prinz-Regenten nach Ostende — vorbehaltlich fernerer Ausarbeitung — zugesendet werden.

Der leitende Faden, welcher durch dies Reformprojekt geht, ist in folgenden Bestimmungen enthalten:

- 1) Die allgemeine Wehrpflicht wird im umfassendsten Sinne eine Wahrheit. Die Freilosungen und Zurückstellungen hören auf und die Zahl der auf diese Weise alljährlich der Armee zuzuführenden Rekruten übersteigt die der früheren Anordnungen um fast zwei Dritttheile.
- 2) Die Dienstzeit währt vom 20. bis zum Beginn des 29. Jahres; während dieser Zeit steht der Mann drei Jahre in der Linie, wird jedoch nach 2 1/2-jähriger Dienstzeit beurlaubt, um im dritten Jahre zur Reserve zu rangiren; der Reserveist wird alljährlich zur Truppe eingezogen.
- 3) Vom 29. bis zum 40. Jahre treten die Leute zur Landwehr, welche jedoch nur bei ausgetretenen Kriegen zum Schutze der Landesgrenzen und zur Befähigung der Festungen verwendet werden darf und dann auch wiederum unter der Berücksichtigung, daß die jüngeren Klassen zuerst zum Dienst herangezogen werden. Uebungen im Frieden sollen nicht stattfinden.
- 4) Die Armee würde in dieser Weise die doppelte Zahl von Bataillonen und 18 Regimenten Kavallerie mehr erhalten, welche letzteren aus Ulanen und Dragonern zu formiren wären.
- 5) Die Kriegsstärke der Bataillone, bisher auf 1002 Mann festgestellt, würde bei der neuen Formation 802 Mann betragen, welche Portion der Zahl der auszubildenden Rekruten entspricht.

Die Grundzüge dieses von Herrn v. Bonin aufgestellten Formationsplanes sind ersichtlich die: der Jugendkraft die Vertheidigung des Vaterlandes zu übergeben, die Klassen aber, die einen eigenen Herd und Haushalt begründet haben, so früh wie möglich von der Last einer Einberufung zu den Fahnen zu befreien und vor derselben zu sichern. Während der letzten Mobilmachung waren über 80,000 Verheirathete in die Armee eingestellt. Diese Männer bildeten bei ruhigem Stand der Dinge einen ansehnlichen Bestandtheil der Steuerkraft des Landes; unter der Einberufungszeit wurden ihre Familien aber zu Ulfen-Empfängern und fielen den Kommunen zur Last.

Herr v. Bonin hatte die anerkannterthe Intention: die Zusammenziehung und Erhaltung der — für unsere staatlichen Verhältnisse sehr großen — Armee so zu bewirken, daß der bürgerliche Beruf wenig leide und der Industrie und Intelligenz nicht ihre werthvollsten Kräfte entzogen werden könnten.

Nachdem, wie bereits oben angegeben, Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent schon in Ostende von den Grundzügen des Reform-Planes Kenntnis

genommen, nahm Höchsterse auf der Hin- und Rückreise zur kölner Brückenweihe von Herrn v. Bonin längere, auf denselben sich beziehende Vorträge entgegen und verfügte damals, daß das Projekt bearbeitet werden solle. Als diese spezielle Ausarbeitung im Kriegsministerium erfolgt war, der Plan in sich selbst zu Stande gekommen und als harmonisches Ganzes sich gestaltet hatte, wurde er nunmehr der allerhöchsten Beurtheilung unterbreitet; es traten aber auch sogleich damals die Hinzufügungen an das Reformprojekt heran, welche die Intentionen, die Herr v. Bonin als leitenden Gedanken ins Auge gefaßt hatte, so wesentlich bedrohten und die Kosten der Ausführung so bedeutend erhöhten, daß der damalige Minister sich entschieden gegen dieselben glaubte aussprechen zu müssen; man wird keinen Irrthum begehen, wenn man die Fühlhaken dieser streitigen Fragen im Militär-Cabinet sucht. Wenn die Zeitungs-polemik vielfach eines zweiten Planes erwähnt hat, und als habe ein solcher in Konkurrenz gestanden mit dem Reformprojekt des Kriegsministers, so kann dieses als unbedingtes Faktum nicht von uns anerkannt werden; es ist unzweifelhaft wahr, daß der General v. Moos seiner königl. Hoheit dem Prinz-Regenten bereits vor länger als Jahresfrist ein Projekt eingereicht hatte, welches sich auf die Umformung des Heeres bezog; ob dieser Plan aber in Verbindung gestanden hat mit den Supplementen, deren Nichtannahme Herrn v. Bonin gestützt hat, muß dahingestellt bleiben; hat dieser Plan überhaupt aber mitgeteilt, so geschah es hinter den Coulissen.

Freilich aber ist Hr. v. Moos der Nachfolger des Hrn. v. Bonin als Minister geworden. Die Zusatzbestimmungen, denen der damalige Kriegsminister nicht glaubte zustimmen zu können, ohne daß der Zusammenhang seines Plans prinzipiell gefährdet erscheine, bestanden darin, daß auch die Landwehr zu Uebungen herangezogen werden solle, die volle dreijährige Dienstzeit für nöthig erachtet und die Kriegsstärke der Bataillone statt auf 802 Köpfe ermäßigt, auf der bisherigen Höhe von 1002 Mann erhalten wurde. Der letzte Punkt namentlich griff das von Hrn. v. Bonin adoptirte System scharf an, da für so starke Bataillone die Aushebungen bis zur Altersklasse von 29 Jahren nicht genügt haben würden, und die allgemeine Wehrpflicht bis mindestens zum 32. Jahre hätte verlängert werden müssen; es springt in die Augen, wie wichtig dieser Streitpunkt in der That war.

In diese Zeit fällt die Einberufung einer Militär-Kommission zur Beurtheilung des Bonin'schen Reform-Planes, welche Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent aus den kommandirenden Generalen und mehreren zugezogenen höheren Militärs befaß; wenn diese Herren zum allergrößten Theil dem politischen Standpunkt des Ministers fern zu stehen schienen, so ist es von um so gewichtigerer Schwerkraft, wenn der Plan des Herrn v. Bonin auch von dieser Kommission mit 12 gegen 2 Stimmen in seiner ursprünglichen Fassung approbirt wurde; von den beiden Stimmen, welche gegen das Projekt Bonin zeugten, gehörte die eine dem Hrn. General v. Moos, obgleich andererseits Herr v. Moos — als er, unter der Abwesenheit des Hrn. v. Bonin in Wiesbaden, auf allerhöchsten Befehl von Ostende aus auf sechs Wochen in das Kriegsministerium kommandirt war, den Plan des Ministers Bonin zu bearbeiten — jener Zeit seinen Plan verworfen und sich für das Bonin'sche Reformprojekt ausgesprochen haben soll.

Auch die Ansicht der Kommission vermochte es nicht, die in Vorschlag gebrachten Zusatzbestimmungen zu beseitigen, vielmehr forderte Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent durch eine Kabinetts-Order den Minister v. Bonin nunmehr auf — obgleich der Letztere unter Hinweisung darauf, daß die Zusätze den Gesamt-Inhalt des Planes abschwächen und alle Vortheile aufheben müßten, welche er dem Vaterlande gegen frühere Zustände bieten wollte, nochmals in einem motivirten Gutachten, die Nachträge abgelehnt hatte — mit dem Reform-Projekt unter Anschluß der Supplemente vor die Kammern zu treten.

Herr von Bonin vermochte diese Anforderung mit seinem Gewissen nicht in Einklang zu bringen, und trug kein Bedenken, seinen Posten einzufetzen für seine Meinung; es kann wohl kein Zweifel darüber walten, daß diese Verzichtleistung erfolgte unter einem, dem alten Soldaten tief schmerzlichen Eindruck; war ihm doch — wenn auch nicht dem Ausdruck nach — Angehoriam gegen den Oberbefehlshaber der Armee vorgeworfen worden. Allerdings scheint Hr. v. Bonin geglaubt zu haben, daß er als konstitutioneller Minister lediglich ein Rath der Krone sei.

Nachdem Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent Hrn. v. Bonin die wiederholt erbetene vollständige Entlassung aus der Armee verjagt hatte, ist derselbe zu seiner neuen Bestimmung nach Koblenz abgegangen. Wir wünschen ihm Glück, daß er das eigene Gefühl schweigen ließ, und sehen ihn unserer Armee gern erhalten; es ist ein Avant-Garde-Posten, auf welchem er steht, und es ist gut, daß derselbe in die Hände Bonin's gelegt ist.

Schon einmal — als Herr v. Bonin zum erstenmale dasselbe Portefeuille entzogen wurde, riefen wir ihm einen Scheidegruß nach, der damals Wiederhall gefunden bis in weite Ferne; wir fühlen uns gedrungen, heute wie damals Herrn v. Bonin den Zoll unserer Hochachtung auszusprechen. Zweierlei aber müssen wir an dieser Stelle für das bleibende Ministerium konstatiren; einmal, daß wir nicht die Meinung des officiösen Blattes theilen können, nach der es gleichgültig ist, welcher preussische General das Portefeuille des Krieges inne hat; nach unserer Ansicht besteht ein Unterschied zwischen Herrn v. Bonin und Herrn v. Moos; dann, daß bei vielen Treuegesinnnten die Befürchtung sich regt, als habe die antiliberalen Partei — ausdauernd, reger und nimmer ruhend — eine Breche in Zustände geschossen, die noch vor Jahresfrist so beruhigend sich zu gestalten schienen.

Wir hoffen, daß vor den nächsten Kammern diese Befürchtungen sich als unbegründet erweisen werden.

[Postalesches.] Wir hören, daß an kompetenter Stelle in Erwägung gezogen wird, wie die unzweifelhaften Härten, welche in den Garantie-Bestimmungen des Postgesetzes vom 5. Juni 1852 enthalten sind, zu beseitigen wären, ohne dem Postfiskus Verpflichtungen auferlegen zu müssen, die mit der Ausübung eines landesherrlichen Regals nicht zu vereinigen wären. Es läßt sich namentlich hoffen, daß die Garantie für den Fall eines durch verzögerte Beförderung oder Verstellung entstandenen Schadens von der Post ganz unbedingt übernommen werden wird. Der oft sehr erhebliche Schaden, der in solchen lediglich der Post zur Last fallenden Benachtheiligungen durch die in Folge der Verzögerung eingetretenen Cours- oder Preisveränderungen herbeigeführt wird, gewährt nach den gegenwärtigen Garantiebestimmungen keinerlei Anspruch auf Schadenersatz. Es liegt in den Vorschriften des Postgesetzes und den zu deren Ausführung gegebenen Anleitungen, eine kaum verständliche Inconsequenz. Wenn z. B. eine Sendung in Fleischwaren besteht, und deren Beförderung oder Verstellung so lange verzögert wird, daß inzwischen die Fleischwaren verderben, so leistet die Postverwaltung Entschädigung. Hat jedoch der Adressat die Annahme verweigert, weil die Bestellung zu spät erfolgt ist, und er deshalb von der Sendung keinen Gebrauch mehr machen kann, und die Sendung kommt in Folge dieser Annahmeverweigerung verdorben an den Abnehmer zurück, so leistet die Post keinen Schadenersatz. Eben so erfolgt bei Papiere oder Lotterieloose, wenn sie durch die verzögerte Beförderung verfallen oder präclurirt sind, dagegen erfolgt kein Verlust, der aus derselben Ursache durch einen inzwischen eingetretenen Coursrückgang entstanden ist.

## Deutschland.

**Kassel, 17. Debr.** [Die Adresse der ersten Kammer.] Die von den Herren Präsident und Vice-Präsident der ersten Kammer in der Audienz vom 15. d. Mts. Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten überreichte Adresse dieser Kammer lautet, wie folgt:

„Allerhochachtungsvoller Kurfürst, Allergnädigster Kurfürst und Herr! Die erste Kammer der Landstände tritt vor den Thron Ew. königl. Hoheit mit einer ehrfurchtsvollen Bitte.

Nachdem in Folge Beschlusses der deutschen Bundes-Versammlung vom 27. März 1852 die Verfassungs-Urkunde vom 5. Januar 1831 außer Wirksamkeit gesetzt und die Verfassungs-Urkunde vom 13. April 1852 publizirt worden war, fanden auf Befehl Ew. königl. Hoheit mit den Ständen des Kurfürstenthums über diese Verfassungs-Urkunde Verhandlungen statt, welche auf ständischer Seite dadurch zum Abschluß gediehen, daß beide Kammern des vorigen Landtages in einer gemeinsamen Erklärung vom 30. Juni 1857 übereinstimmend die nach ihrer Auffassung durch die Bedürfnisse und Wünsche des Landes gebotenen Anträge stellten. Bei der Verabreichung dieser für den Thron und das Land gleich bedeutungsvollen Angelegenheit die gewissenhafteste Achtung der Rechte der Krone als unverbrüchlichen Grundfals festhaltend und von der Ansicht geleitet, daß das Heil und der Segen einer Verfassung allezeit weniger von der Masse des Festgestellten, als von einer weisen und wohlwollenden Ausführung der Verordnungen abhängig sein werde — haben sich die Stände bei ihrer Erklärung auf die Wahrung solcher Punkte beschränkt, von welchen sie die wichtigeren Interessen des Landes berührt sahen, dafür aber ihre Anträge als ein Ganzes bezeichnet und ihre Erklärung mit der unverrücklichen Hoffnung abgegeben, Ew. königl. Hoheit würden in huldvoller Würdigung des loyalen Verhaltens der Stände die ausgesprochenen Wünsche vollständig zu gewähren geruhen.

Diese Hoffnung ist bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen, indem Ew. kgl. Hoheit Regierung Theile der ständischen Erklärung, welche nach der dieser zum Grunde liegenden Auffassung so wesentlich sind, daß ohne dieselben die Verfassung für das Land keinen Werth haben würde, noch zur Zeit nicht genehmigt hat. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine länger fortwährende Ungewißheit über den endlichen Ausgang der Verfassungs-Angelegenheit nur nachtheilige Folgen haben, den Glauben an die Unmöglichkeit einer befriedigenden Lösung auf dem Boden der Verfassungs-Urkunde vom 13. April 1852 täglich neue Nahrung zuführen und die Zahl der offenen wie der geheimen Gegner einer solchen Erledigung im Lande vermehren würde, so wie der Besorgniß Raum gebend, aus einem längeren Aufschube Schwierigkeiten für die endliche Lösung im Wege einer huldreichen Entscheidung Ew. königl. Hoheit, unseres allergnädigsten Landesherrn, erwachsen zu sehen, müssen wir eine rasche Beendigung der ganzen Angelegenheit mindestens für durchaus wünschenswerth halten, wozu in der augenblicklichen Sachlage noch der Weg offen steht, daß die Verfassungs-Angelegenheit auf der Grundlage der ständischen Erklärung zum Abschluß gelangt.

Wir glauben zwar die Ansicht aussprechen zu können, daß die Verfassungs-Urkunde von 1852, wofür dieselbe nach den ständischen Anträgen abgeschlossen wird, bei einer den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Handhabung und Ausführung die Wohlfahrt des Landes zu sichern und zu heben, und dadurch dieses mit den neuen Ordnungen zu befriedigen vermögen werde, wie denn auch die Erledigung der Angelegenheit nach den ständischen Anträgen in keiner Richtung die Möglichkeit einer weiteren Entwidlung auf der gewonnenen Grundlage ausschließen würde; aber wir dürfen eben so wenig die Ueberzeugung zurücklassen, daß die Befriedigung wichtiger und unentbehrlicher ständischer Rechte nur vererbliche Folgen haben, eine völlige Entkräftung des ständischen Instituts herbeiführen und für das monarchische Prinzip selbst nicht vorthellhaft wirken könnte. Bei dieser Sachlage fühlen wir uns gedrungen, die ehrfurchtsvolle Bitte zu den Stufen des Thrones niederzulegen:

Ew. königl. Hoheit wollen sich in Gnaden bewegen finden, die Verfassungs-Angelegenheit im Einklang mit den ständischen Wünschen abzuschließen.

Allergnädigster Kurfürst! Das landesväterliche Herz Ew. königl. Hoheit wird Angesichts der Lage des Landes — dessen sind wir im Voraus gewiß — jedes Bedenken gegen einen Schritt zu überwinden vermögen, welcher dazu führen kann, den Frieden der Gemüther herzustellen und einem Zustande der Verwirrung ein Ende zu machen, welcher, wie wir nicht verschweigen dürfen, schon seit lange jedem braven Bessen ein Gegenstand tiefer Bekümmerniß ist. Wir vertrauen: Ew. königl. Hoheit werden die ehrfurchtsvolle Bitte, zu welcher uns die Gesinnung unwandelbarer Unterthanentreue antriebt, väterlich aufnehmen und zum Wohle des Allerhöchstdenstlichen von Gott anvertrauten Landes allergnädigst gewähren.

Kassel, den 10. November 1859.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir  
Ew. königlichen Hoheit  
allerunterthänigste, treuehuldigste, pflichtschuldigste:  
Die erste Kammer der Landstände.  
v. Schubar, gen. Milchling, Präsident. v. Hesberg, Sekretär.  
Jrhr. v. Edelsheim, Sekretär. (Kass. Z.)

**Aus Holstein, 14. Dezember.** [Nord- und Ostsee verbunden.] Es soll jetzt alles Ernstes im Werke sein, die Nordsee mit der Ostsee durch einen neuen holsteinischen Kanal in Verbindung zu setzen. Seit Jahren schon war von diesem Plan die Rede, und mit dem Aufhören des Sundzolles ist das vornehmste Interesse Dänemarks gegen diese Anlage beseitigt. Die neue Wasserstraße würde bei dem Elbhafen von Brunsbüttel beginnen und unter Benutzung mehrerer kleiner Flüsse und Landseen, namentlich auch des großen plöner Sees bei Neustadt an der Ostsee enden. Holsteinische und amerikanische Ingenieur-Genieure sollen im nächsten Frühjahr schon die Vorarbeiten beginnen. Die Wichtigkeit eines solchen Kanals liegt auf der Hand, die Fahrt durch das stürmische Kattegatt bliebe einer großen Anzahl von Schiffen erparnt, und der Weg von der Ostsee nach der Nordsee würde bedeutend abgekürzt. Seitdem Preußen eine Marinestation im Jadebusen besitzt, ist kein Interesse an dem Zustandekommen dieser Wasserstraße kein geringes, vorausgesetzt, daß sie auch für Kriegsschiffe, namentlich für Ranonnenboote, fahrbar eingerichtet werden würde, woran bei den im Allgemeinen sehr günstigen Terrainverhältnissen kaum zu zweifeln ist. (N. Pr. Ztg.)

## Italien.

**Rom, 10. Dezember.** [Finanznoth.] Wie der „Independ. belge“ geschrieben wird, sollen die römischen Finanzen, die lange in Bedrängniß waren, eine Höhe der Zerrüttung erreicht haben, über die man nicht wohl hinaus kann. Die päpstliche Regierung schiebt die Schuld auf den Ausfall der romagnolischen Steuern und auf die außerordentlichen Ausgaben für Anwerbung und Ausrüstung von Sold- und Truppen. Abschluß einer Anleihe hat Schwierigkeiten, eben so ein Aufruf an die Opferwilligkeit der Klostergeistlichkeit, da der Papst, als er von Gaeta zurückkam, den religiösen Gemeinschaften acht Millionen römischer Thaler, zahlbar in 15 Jahren, abverlangte, von denen im ersten Jahre eine Million, in jedem folgenden eine halbe Million erlegt werden sollte. Die Aufrufe, die von Seiten der Bischöfe in Gelfachen erfolgten, haben im Ganzen nur 600,000 römische Thaler ergeben; dagegen hat die Königin Christine dem päpstlichen Schatz eine Million Thaler zugewiesen. Auch die persönliche Sicherheit lasse viel zu wünschen übrig; in einer einzigen Woche erfolgten achtzehn nächtliche Raubfälle in Rom, so daß General Goyon einschreiten mußte und eine Anzahl Strolche durch die französische Gendarmarie



